1. Jg. 1969 — erscheint monatlich in Berlin — 30. 9. NR. 4

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

der Kindergärtnerinnen · Erzieher · Jugendpfleger · und Sozialarbeiter in Praxis und Ausbildung

STREIK DER KINDERGÄRTNERINNEN

Von den streikenden Arbeitern der Müllabfuhr und den BVGern haben auch die Kindergärtnerinnen gelernt. Eine Abordnung Kreuzberger Kindergärtnerinnen nahm am 16.9., dem Streiktag der Arbeiter, Kontakt auf zur ÖTV-Gewerkschaftsleitung. Sie sprachen ihre Solidarität mit den spontan streikenden Kollegen der Müllabfuhr aus und verlangten von der ÖTV eine Stellungnahme zu den bereits im Juni dieses Jahres von Berlins Kindergärtnerinnen erhobenen Forderungen. Sie wollten wissen, was die Gewerkschaft konkret untermommen und bereits erreicht hat. Durch den Rechenschaftsbericht der ÖTV-Funktionärin Hoppe wurde deutlich, daß die Gewerkschaft nicht bereit ist, mit dem für die Sache notwendigen Nachdruck die Interessen der Kindergärtnerinnen und der von ihnen betreuten Kinder zu vertreten. Im Gegenteil: Sie macht sich zum Erfüllungsgehilfen des Senats und dessen Verschleierungstaktik. Beweis: Z.B. behauptet der Senat, daß alle Forderungen, die Gegenstand der Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und ihm waren, voll erfüllt seien. Doch die Praxis spricht dieser Behauptung Hohn. Denn in der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, daß zur Entlastung der schwierigen Personalsituation Vertretungskräfte eingesetzt werden. Tatsächlich stellt das Bezirksamt Kreuzberg z.B. diese "Vertretungskräfte" mit dem Ziel ein, sie in zwei Tagesstätten (Fontanepromenade und Barutherstraße), die in Kürze eröffnet werden, auf Planstellen einzusetzen.

Was bedeutet das?

Die Verwaltung erweckt den Eindruck, den Forderungen entsprochen zu haben. Doch spätestens bei der Eröffnung dieser beiden Tagesstätten wird unverhüllt deutlich, daß wir wieder vor der alten Situation stehen:
- Keine Vertretungskräfte
- Überbelastung der Kindergärtnerinnen, dadurch weiter hohe Krankheitsquote
- Einstellung von unausgebildeten Kräften, die die Arbeitssituation zusätzlich belasten (notwendige Anleitung und Fehlen einer berufsbegleitenden Ausbildung)
- Aufrechterhaltung der Kinderbewahranstalten
- Vernachlässigung des Erziehungsauftrages.

Die Abordnung der Kindergärtnerinnen stellte der ÖTV die Frage, welche Chancen sie in den Oktober verhandlungen sieht, die Durchsetzung der berechtigten und von der Gewerkscnaft verbal anerkannten Forderungen zu erreichen.
Klare Antwort von Iris Hoppe: "Es sieht schlecht aus, die Situation wird sich eher noch verschlechtern, wahrscheinlich ist in den nächsten 10 Jahren nichts zu erreichen."
Die Kindergärtnerinnen-Delegation fragt, welche Kampfmaßnahmen die ÖTV dann ergreifen wird. Antwort: "Keine!".

Da sich der anwesende ÖTV-Vorsitzende darüber im Klaren war, daß die Kindergärtnerinnen sich mit dieser Anwort nicht zufrieden geben würden, nahm er eindeutig Stellung: "Die ÖTV würde es begrüßen und als Stärkung ihrer Verhandlungsposition in den Oktoberverhandlungen ansehen, wenn es zu einer spontanen von den Kolleginnen selbst organisierten Arbeitsniederlegung käme. In diesem Fall würde die Gewerkschaft selbstverständlich hinter ihnen Stehen."

Dieses Versprechen war Grundlage für die Organisierung und Durchführung des spontanen eintägigen Warnstreiks der Kreuzberger Kindergärtnerinnen. Das Vertrauen in die gewerkschaftliche Rückendeckung ließ die Kindergärtnerinnen ~~ix~~ mit eindrucksvoller Mehrheit für den Streik stimmen.

Welche Forderungen waren Grundlage des Streiks?

Die Kindergärtnerinnen fordern endlich die Er-

füllung der Senatsversprechungen. Sie verlangen Fachkräfte, Weiterbildung und eine gerechte Bezahlung, um nicht noch länger in Kinderbewahranstalten arbeiten zu müssen.
Im Einzelnen handelt es sich um folgende Forderungen:

A. Forderungen an den Senat von Berlin
   1. Sofortige Maßnahmen, die sicherstellen, daß die am 9. Juni 1969 zwischen den Gewerkschaften und dem Senator für Familie, Jugend und Sport und dem Senator für Inneres getroffenen Vereinbarungen verwirklicht werden.
   2. Verminderung der Gruppenstärke
   3. Neufestsetzung des Personalschlüssels
   4. Entlastung von sachfremden Aufgaben
   5. Keinen Unterschied mehr zwischen zentralverwalteten und bezirklichen Heimen
   6. In der Ausbildung befindliche Kräfte nur zusätzlich zum Fachpersonal

B. Forderungen an die Tarifkommission der Länder
   1. Mindestens DM 100.- Ausgleichszulage ab 1. Oktober 69
   2. Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Jahresurlaub
   3. Ab 1. Januar 1970 15% Gehaltszulage
   4. Eingruppierung der Kindergärtnerinnen und Erzieher in die Anfangsgruppe Vb (auch Bewährungsaufstieg nach IVb und IVa), Aufstiegsmöglichkeiten müssen gewährleistet werden
   5. Herabsetzung des Ruhealters auf 55 Jahre
   6. Zusätzlicher Urlaub für im Erzieherdienst tätige Mitarbeiter
   7. Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub von 4 Wochen im Jahr

Der Streikbeschluß kam zustande obgleich die Senats- und Bezirksverwaltung alle Hebel in Bewegung setzte, um die Arbeitsniederlegung zu verhindern. Der Stadtrat erschien persönlich in der Privatwohnung, in der das Streikkomitee tagte; der von der IG-Metall für die Vollversammlung zur Verfügung gestellte Saal, wurde unter dem Druck des Senators verweigert.
In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant, welchen "Einfluß" Senatsstellen auf "freie" Gewerkschaften ausüben können!!!
Doch auch dieses gut funktionierende Zusammenspiel von Senat und IG-Metall konnte die selbsttätige Organisation der Kindergärtnerinnen nicht verhindern: In kürzester Zeit mieteten sie einen Saal und organisierten einen beispielhaften Autodienst. Mit halbstündiger Verspätung konnte die Vollversammlung am Sonntag beginnen.

Von den versammelten Kindergärtnerinnen stimmte die überwiegende Mehrheit von 110 für den Streik, bei 29 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen. Im Anschluß an die Abstimmung wurden Planung und Durchführung des Streiks diskutiert.

Folgende notwendige Maßnahmen wurden beschlossen:

1. Aufstellung von Streikposten (jeweils zwei Tagesstättenbelegschaften tauschten ihre Standorte, um nicht die Eltern der von ihnen betreuten Kinder nach Hause schicken zu müssen)
2. Herstellung von Flugblättern für die Eltern
3. Herstellung von Flugblättern für die Kolleginnen als Argumentationshilfe
4. Einrichtung eines Streikzentrums
5. Herstellung von Plakaten und Transparenten
6. Herausgabe von Pressemitteilungen
7. Abfassung von Schreiben an das Bezirksamt, den Senat und die Gewerkschaften

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wurde ein von der Vollversammlung gewähltes Streikkomitee beauftragt. Es war je zur Hälfte mit Leiterinnen (Leitern) und Kindergärtnerinnen besetzt.

Die Vollversammlung wurde beendet mit dem Appell an die Kolleginnen, Einigkeit und Geschlossenheit zu zeigen und sich von den zu erwartenden Einschüchterungsversuchen des Bezirksamtes nicht verunsichern zu lassen. Die Versammlungsleitung betonte, daß nur Einigkeit stark macht: EINEN FINGER KANN MAN BRECHEN, FÜNF FINGER SIND EINE FAUST!

In der Privatwohnung einer Kollegin wurde das Streikzentrum eingerichtet; ein Telefon stand zur Verfügung. In einer anderen Kollegenwohnung wurde eine Abzugsmaschine aufgestellt. Zur umfassenden Information der Öffentlichkeit, besonders der betroffenen Eltern, verfaßte das Streikkomitee eine Presseerklärung und übermittelte sie unverzüglich noch am Sonntagmittag den Rundfunksendern, der dpa und den Tageszeitungen. Um die Adressaten der Forderungen zu informieren wurden Eilbriefe an ÖTV, BVL, das Bezirksamt Kreuzberg und den Senator für Familie, Jugend und Sport übersandt.

Am Sonntag um Uhr 14.3o brachte der Rundfunk die erste Meldung vom Streikbeschluß.

Die Reaktion des Bezirksamtes

Das Bezirksamt beschäftigte sich bereits am Sonntagnachmittag mit der Streiksituation und tagte permanent bis in die Nacht hinein. An alle Leiterinnen wurden Telegramme mit folgendem Wortlaut versandt:
"Der Betrieb in Ihrer KITA ist am Montag, dem 22.9. ordnungsgemäß durchzuführen. Der beabsichtigte Streik wird von den Gewerkschaften nicht getragen. Daher entfallen alle Unterstützungen von dieser Seite. gez. Bezirksamt Kreuzberg

Außerdem telefonierten Vertreter des Bezirksamtes mit einer Reihe von Leiterinnen, Kindergärtnerinnen und vor allem Helferinnen, die sich in besonders abhängiger Position befinden und setzten sie, wie uns zuverlässig von mehreren Betroffenen berichtet wurde, in erniedrigender und schamloser Weise unter Druck: "Wenn Sie morgen nicht pflichtgemäß ihren Dienst aufnehmen, haben Sie mit ernsten Konsequenzen zu rechnen (Kündigung, Disziplinarmaßnahmen, Versetzung, usw.)".
Am Streiktag zeigte sich, daß diese Repressionen bei einigen aus verständlicher Angst heraus zu Verunsicherungen geführt hatten. Unter Berücksichtigung derartig massiver Angriffe seitens der Verwaltung ist den nicht-streikenden Kindergärtnerinnen kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie der Sicherung ihrer Existenz Vorrang beimaßen vor der Solidarität mit ihren streikenden Kolleginnen und der Durchsetzung der auch von ihnen vertretenen Forderungen.
Belegbarer Beweis für diese Behauptung ist die schriftliche Solidaritätserklärung der Nichtstreikenden mit den Streikenden in Form einer Unterschriftensammlung. Diese Erklärung wurde in der Vollversammlung am Montag um 15 Uhr verlesen.
Trotz des massiven Drucks der Verwaltung gelang den Kreuzberger Kindergärtnerinnen erstmalig und exemplarisch für den Bereich der Sozialpädagogik die eindrucksvolle Demonstration von Selbstorganisation. Sie haben erkannt, daß die Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen nur von ihnen selbst zu erreichen ist.

Wie verlief der Streiktag?

Um 5 Uhr 30 nahmen die Streikposten ihre Plätze vor den Tagesstätten ein. Sie waren vor allem während der 1. Stunde isoliert und ohne Verbindung zu anderen Tagesstätten. Das wirkte sich für den Verlauf des Streiks nachteilig aus. Die Kolleginnen hatten weder untereinander noch zum Streikzentrum Kontakt und daher keine Einschätzungsmöglichkeit der Stärke der Streikbewegung. Einigen wenigen Leiterinnen konnte es daher gelingen, die Kindergärtnerinnen über den tatsächlichen Verlauf des Streiks zu täuschen und zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen. Sie gaben vor, der Streik sei abgebrochen und sie hätten den Auftrag des Bezirksamtes zu erfüllen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die einzige Verbindung zwischen den Tagesstätten wurde durch einen Streifendienst hergestellt. Drei Wagen waren unterwegs, die eine vorher festgelegte Route abzufahren hatten. Ihre Aufgabe war, besondere Vorkommnisse wie das Erscheinen von Streikbrechern, an das Streikzentrum zu melden, Anweisungen der Streikleitung weiterzugeben und festzustellen, ob alle Tagesstätten ausreichend mit Streikposten besetzt waren. Wenn Streik-

posten fehlten, sollten sie von anderen Einrichtungen, die ausreichend stark besetzt waren, abgezogen werden.
Diese Vorstellungen ließen sich jedoch nicht in allen Punkten realisieren. Das Streikzentrum war während der 1. wichtigen Phase (5.30 - 8.00 Uhr) aufgrund der mangelhaften Organisation leider nicht besetzt. Viele Kolleginnen versuchten in dieser entscheidenden Zeit Verbindung zum Streikzentrum herzustellen, um sich Klarheit über die Streiksituation zu verschaffen. Bei einigen Kolleginnen war Unsicherheit eingetreten, durch das Auftauchen von Gerüchten, verbreitet durch das Bezirksamt und einige Leiterinnen. Außerdem fanden die Streikposten vor den Tagesstätten die, von dem Bezirksamt als Streikbrecher eingesetzten Beamten vor. Sie übergaben den Kindergärtnerinnen die Erklärung des Bezirksamtes in der sie zur sofortigen Aufnahme des Dienstes aufgefordert wurden.
Besonders für die Kolleginnen der 4 Tagestätten, die ihren Dienst aufgenommen hatten, hätte eine direkte Verbindung zum Streikzentrum die Arbeitsaufnahme sicher verhindert. Dadurch, daß sie glaubten der Streik sei abgebrochen, begaben sie sich an ihre Arbeitsplätze. Als sie dann endlich von der erfolgreichen Durchführung des Streiks (80% aller Kolleginnen standen auf ihren Streikposten) erfuhren, war es trotz aller Bereitschaft zum Streik für sie zu spät. Sie konnten die inzwischen aufgenommenen Kinder nicht wieder auf die Straße setzen.

Was lehren uns diese Fehler?
Um zu verhindern, daß ausgestreute Gerüchte Unsicherheiten verbreiten, hat sich als notwendig erwiesen, allen Beteiligten direkt vor Aufnahme des Streiks noch einmal in einer gemeinsamen Veranstaltung eine geschlossene Haltung zu demonstrieren. Die Konsequenz: Um 5 Uhr hätte eine Streikvollversammlung einberufen werden müssen, auf der noch einmal die Entwicklung in den letzten Stunden zu schildern gewesen wäre, etwa die Einschüchterungsversuche seitens der Verwaltung mit Telegrammen, Briefen und Telefonaten. Außerdem hätte berichtet werden können über die Nachtsitzung im Rathaus Kreuzberg und die nächtliche Beauftragung von Beamten (überwiegend Vormünder), als Streikbrecher die Tagesstätten offenzuhalten. Die Notwendigkeit geschlossenen Handelns hätte noch einmal hervorgehoben werden müssen. In Kenntnis dieser Situation hätten die Kolleginnen dann gestärkt mit einem gut organisierten Autodienst zu ihren Posten gefahren werden können. Die Quote der Ausfälle wäre sicher auf ein Minimum herunterzudrücken gewesen.
Eines muß noch einmal ganz deutlich gesagt werden!

Im Zusammenhang mit dem Streik der Kindergärtnerinnen in Kreuzberg hat die Gewerkschaft eine üble Rolle gespielt. Es wird nun sicher auch der letzten Kollegin bewußt geworden sein, daß die Gewerkschaft weder willens noch fähig ist, die Interessen der Kolleginnen zu vertreten. Es hat sich sogar herausgestellt, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe eher darin sehen, die Interessen des Arbeitgebers zu vertreten. Denn wie wäre sonst zu erklären, daß die Kindergärtnerinnen noch am 18.9. vom ÖTV-Vorsitzenden Schwäbl zum Streik ermuntert wurden. Außerdem hatte er ihnen die Solidarität seiner Gewerkschaft zugesagt und sogar darauf hingewiesen, daß die Verhandlungsposition der ÖTV im Oktober durch eine spontane Arbeitsniederlegung noch gestärkt würde.
Diese Zusage war für viele Kolleginnen ausschlaggebend, dem Streik zuzustimmen.
Mußten sich die Kindergärtnerinnen dann am Streiktag nicht im Stich gelassen und verschaukelt fühlen, als jede Solidaritätserklärung der ÖTV ausblieb. Im Gegenteil war in Presseerklärungen und Interviews eine klare Distanzierung erfolgt und der Streik in die Illegalität gedrängt worden.
Trotz dieses Risikos (Ausbleiben der Solidarisierung) organisierten die Kindergärtnerinnen diesen Streik, denn für sie ist es nicht mehr zu ertragen, noch länger unter diesen Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten Kinder bewahren zu müssen.

Dafür ist ihnen die volle Anerkennung auszusprechen.

Für viele Kindergärtnerinnen außerhalb Kreuzbergs bleibt trotzdem unverständlich, warum die Organisierung nicht auf alle westverliner Bezirke ausgedehnt wurde. In dieser Frage ist auch die Argumentation des Bezirksamtes Kreuzberg zu unterstützen, daß die Arbeitsbedingungen in anderen Bezirken ebenso schlecht sind. Durch die Beschränkung des Streiks auf Kreuzberg entstand der völlig falsche Eindruck, daß es sich nur um ein Kreuzberger Problem handelt. Aus mehreren Bezirken wurde sogar von Kindergärtnerinnen bedauert, daß sie vom geplanten Streik nicht unterrichtet wurden und dadurch keine Möglichkeit hatten, für die berechtigten Forderungen mit in Streik zu treten.
Um die Organisierung von Kampfmaßnahmen in den einzelnen Bezirken überhaupt zu ermöglichen ist die Bildung von Arbeitsgemeinschaften (dafür lassen sich auch andere Begriffe wählen) notwendig. Diese organisatorische Aufgabe ist möglichst bald in Angriff zu nehmen, um nach dem eventuellen Scheitern der Oktoberverhandlungen in kürzester Frist zu einer breiten solidarischen Haltung in der Lage zu sein.

KRITIK ZUR AUSBILDUNG DER KINDERGÄRTNERINNEN

In den Seminaren werden heute vorwiegend weibliche Pädagogen ausgebildet. Die Frau spielt gesellschaftspolitisch auch heute noch eine zweitrangige Rolle, die einen beträchtlichen Einfluß auf ihre persönliche Einstellung zur Berufsausbildung im pädagogischen Bereich hat. Die Seminare begünstigen das ungenügende Emanzipationsbewußtsein und dies hat negative Auswirkungen auf die Erziehung des Kindes. Die Ausbildung der Kindergärtnerin entspricht der Vorstellung des Staates und seiner Auffassung von dem Verhalten seiner zukünftigen Staatsbürger, das heißt, die Erziehung der Kinder zu anpassungsfähigen und beeinflußbaren Gliedern der Gesellschaft. Die Bedeutung dieser Interessen begründet sich in der Erhaltung und Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaftsstruktur. Die Basis dafür bilden die Seminare als Ausbildungsstätten für Sozialpädagogen.

Eignungskriterien

Der Senator für Schulwesen hat ein Berliner Merkblatt zur Kindergärtnerinnen- und Erzieherausbildung herausgegeben. Darin steht unter anderem:

"Welche Fähigkeiten benötigt ein Erzieher? Humor, Phantasie, Initiative, Einfühlungsvermögen, Intelligenz, Fleiß, sportliche, handwerkliche und musische Fähigkeiten - alle diese Eigenschaften können dem Erzieher bei seiner zugleich befriedigenden und schweren Arbeit helfen. Doch braucht er sie nicht alle von Natur aus zu haben. Viele kann er sich im Laufe der Ausbildung erwerben. Entscheidend ist, daß er an der Arbeit mit Menschen allgemein und der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im besonderen interessiert ist und daß sein Interesse auch dann nicht erlahmt, wenn ein Mensch einmal von der Norm abweicht."
Diese Eignungskriterien sind keine Basis für eine Beurteilung, da sie subjektiver Auslegung unterliegen. Aufgrund dieser Eignungskriterien kann ein Schüler, auch wenn er fachlich gut ist, entlassen werden, wenn er nicht dem gewünschten Bild der Ausbildungsstätte entspricht. Eine Argumentation, die "lange Haare, schmutzige Fingernägel oder weltanschauliche Unterschiede" über die Leistungen stellt, kann vom Studierenden rechtlich nicht angefochten werden. Dadurch wird eine selbstständige Arbeitsweise des Studierenden verhindert, indem der Begriff "Diszi-

plin" anstelle einer produktiven Kritik gesetzt wird.

Schwerpunkte des Lehrinhalts

Unausgebildete Kräfte im sozialpädagogischen Bereich sind im Grunde zwar in der Lage praktische Arbeit zu leisten, jedoch stellt diese praktische Arbeit keine Erziehungsmethode dar. In den meisten Fällen sehen sich Kinder einem großen Beschäftigungsangebot gegenüber, dem jedes theoretische Fundament fehlt, das für eine vertiefte Gruppen- und Einzelfallhilfe unerläßlich ist. Dies wird von den Seminaren auch begünstigt durch eine Überbetonung der praktischen Fächer. An der Struktur der Fächeraufteilung zeigt sich eine ungenügende Betonung der Fächer Psychologie, Pädagogik und Soziologie.
Eine Kindergärtnerin muß prinzipiell für pädagogische Aufgaben ausgebildet werden. Die bürotechnischen und hauswirtschaftlichen Arbeiten sollen von den entsprechenden Fachkräften bewältigt werden. Das würde eine Arbeitsteilung in der Tagesstätte erfordern.

Qualifikation der Dozenten

Die Lehrinhalte entsprechen nicht mehr der Realität und neue Forschungsergebnisse werden nicht vermittelt. Gegenwärtig ist es so, daß wichtige theoretische Fächer von fachlich unqualifizierten Lehrkräften, wie z.B. Jugendleiterinnen unterrichtet werden, weil Geld für qualifizierte Dozenten mit abgeschlossenem Hochschulstudium nicht bewilligt wird. Die Vorstellung, daß für die sozialpädagogischen Berufe wenig theoretische Kenntnisse benötigt werden, stimmt mit der gegenwärtigen Praxis zwar überein, diese aber gilt es zu verändern.

Praktika an sich sind notwendig, deren Erfolg aber hängt von der ständig begleitenden theoretischen Anleitung von Seiten des Seminars ab. Nur eine Wechselwirkung zwischen Theorie und Praxis gestaltet das Praktikum zu einem wertvollen Teil der Ausbildung. In der jetzt bestehenden Form der Praktika (Blockpraktika), wird der Praktikant zum größten Teil als volle Arbeitskraft für die fehlenden Wirtschaftskräfte eingesetzt. Dadurch verliert das Praktikum den Sinn, dem Lernenden die Einsicht in die praktische pädagogische Arbeit zu vermitteln.

Unsere Seminare in ihrer gegenwärtigen Situation müssen als Leistungsbetriebe verstanden werden, die dem zukünftigen Erzieher wenig Möglichkeit geben, als Grundlage einer pädagogischen Arbeits weise ein staatspolitisches Funktionsbewußtsein zu entwickeln. Sie führen die Erzieher zu der Vorstellung, sie seien nur für eine ideelle Entwicklung des Kindes verantwortlich, ohne das Erziehungsideal seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit gegenüber zu stellen. Dies führt mit großer Sicherheit zu Konflikten innerhalb der Gesellschaft, wenn deren Struktur eine erhebliche Abweichung vom Idealzustand aufweist. Wird dem Erzieher eine reale Ausbildung angeboten? Dies ist nicht der Fall, da die negativen Realitäten von ihr ferngehalten werden.

Schülerinnen des Pestalozzi-Fröbel-Hauses

FALKENLAGER SCHWEDEN

Die Auseinandersetzung um das Falkenlager in Schweden geht nun schon in den dritten Monat und ist immer noch nicht abgeschlossen. Diese Tatsache deutet darauf hin, daß es sich um etwas anderes handeln muß als um einen Kriminalfall. Es wird gegen die Verantwortlichen des Lagers wegen Kuppelei, Verletzung der Aufsichtspflicht und anderer Delikte ermittelt. Nur, ein noch so scheußlicher Mord macht drei Tage lang Schlagzeilen. Die Gesellschaft muß also an einem empfindlichen Nerv getroffen worden sein. Das Falkenlager hat experimentell gezeigt, daß andere Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens möglich sind, die die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur infrage stellen. Das hat auch Konsequenzen für die Sozialarbeit.

Was war eigentlich los? Die neue Zeltlagerkonzeption basierte auf zwei Grundlagen. Erstmals wurde das formuliert, was es ohnehin in früheren Lagern gegeben hatte und nur aus Angst vor möglichen juristischen Folgen nicht zur Kenntnis genommen wurde und zweitens sollte den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, sich sich selbst zu organisieren, d.h. sie sollten die Probleme im Zeltlager möglichst selbst lösen und in weit größerem Umfang für das, was sie tun, auch verantwortlich sein.

Die Sexualität spielt im Leben des Menschen eine wesentliche Rolle. Wenn jemand kurzsichtig ist und er kann infolgedessen schlecht sehen, sind Ursache und Wirkung für jeden nachvollziehbar. Wenn jemand sexuell repressiv erzogen wird und das äußert sich später als Untertanenbewußtsein oder in anderen neurotischen Verhaltensformen, ist der Zusammenhang nicht ohne weiteres erkennbar. Die Unterdrückung sexueller Spannungen und Wünsche erfordert vom Menschen ein bestimmtes Maß an Energie. Das hemmt und beeinträchtigt die Aktivität, den Verstand und die Kritik. "Je gesünder und kräftiger sich dagegen die Sexualität entfaltet, desto freier, aktiver und kritischer wird man auch sonst in seinem Verhalten ... Die Einschränkung der geistigen Bewegungsfreiheit und Kritik durch sexuelle Unterdrückung ist einer der wichtigsten Zwecke der bürgerlichen Sexualordnung." (Wilhelm Reich, Der sexuelle Kampf der Jugend, 1932)

Von dieser Voraussetzung ausgehend, wurde in diesem Falkenlager das Recht der Jugend auf ein Sexualleben akzeptiert. Das heißt auch, daß ein Sexualpolitisches Zentrum eingerichtet wurde. Zwei Mediziner und zwei Psychologen hatten die Aufgabe, in Einzel- und Gruppengesprächen über persönliche Schwierigkeiten mit den Teilnehmern zu sprechen. Es wurden antikonzeptionelle Mittel ("Anti-Baby-Pillen", Kondome und Vaginaltabletten) zur Verfügung gestellt und außerdem versuchte das Team die oben kurz angedeutete Beziehung zwischen Gesellschaft und Sexualität darzustellen.

Nun zu den Wohngemeinschaften. Erst gingen die Überlegungen dahin, von dem traditionellen Helferprinzip, das in Zeltlagern üblich ist, abzugehen. D.h., Jugendliche können sich durchaus selbst organisieren und brauchen niemanden, der ihnen sagt: "Jetzt müßt ihr aber ins Zelt" oder "Nun wird das Essen geholt." Daher wurde auch darauf verzichtet, schon in Berlin feste Gruppen zu bilden. Die Teilnehmer sollten sich unterwegs im Zug und in den ersten Stunden im Lager selbst miteinander arrangieren. Die Helfer sollten jedoch nicht gänzlich funktionslos sondern zentral in den einzelnen Dörfern untergebracht werden, damit sie besser miteinander kommunizieren und in bestimmte Entwicklungsprozesse bei den Teilnehmern gezielter eingreifen konnten. Daneben sollten sie technische Aufgaben haben und die Verbindung zur Lagerleitung aufrecht erhalten.

Im Verlaufe der Diskussionen über die Vorbereitung des Lagers tauchte auch die Frage auf, wie das gemeinschaftliche Zusammenleben von Jungen und Mädchen bewertet werden soll. Die Frage wurde so beantwortet, daß, wenn soviel Teilnehmer zusammenkämen, daß sie eine Zeltbesatzung bilden (8 - 10 Personen), daß dann Jungen und Mädchen zusammenziehen könnten. Allerdings war

nicht vorauszusehen, daß sich in den ersten beiden Zeltlagern ca. 50% der Teilnehmer entschließen würden, in Gemeinschaftszelte zu ziehen. Die Initiatoren des Camps gingen noch von einer Vorstellung von Jugend aus, die in dem Maße nicht mehr existiert. Man hatte gedacht, sie seien trotz aller Aufklärung noch so befangen, daß sie sich nicht trauten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen.

Als das Zeltlager einige Publizität gewonnen hatte, kam auch - das war wohl unvermeidlich - ein Reporter des "stern". Von der Lagerleitung unbeeinflußt, befragte er mehrere Gemeinschaftszelt-Besatzungen. Auf das Zusammenleben von Jungen und Mädchen angesprochen, antworteten die Teilnehmer einhellig, dass das gemeinschaftliche Zusammenleben besser sei, weil man selbst verständlicher miteinander aufwachse, die Probleme des anderen besser kennenlerne, sich gegenseitig besser unterstützen können, usw.

Kentlers Feststellungen über das Verhalten Jugendlicher im Urlaub haben sich im Falkenlager bestätigt: "Je weniger die Pädagogen sexuelle Bestrebungen unterdrücken wollen, um so weniger spielt sich im sexuellen Bereich ab. .. Gerade also, indem sexuelle Beziehungen nicht ausgeschaltet werden, entsteht eine Befreiung dieses ganzen Bereichs. Junge Leute finden viel eher die Möglichkeit, sich nicht nur sexuell sondern auch geistig zu begegnen." (Blickpunkt 181, Juni 69). Auf jedem Fall gab es in diesem Zeltlager keine Zoten, der Voyeurismus hörte auf, Jungen schmulten nicht mehr durch Astlöcher in Mädchenduschen und auch im Zeltlageralltag nahmen Agressivität und Zerstörungswut ab. Zu bedenken ist auch die Tatsache, daß in Dänemark, seitdem dort Pornografie unbeschränkt verkauft werden darf, die Sexualkriminalität um 25 % gesunken ist.

Es gab auch Schwierigkeiten und Versagen. Eine der Schwierigkeiten war eine gewisse Unsicherheit eines Teiles der pädagogischen Mitarbeiter, die noch die alten Lager gewohnt waren und sich schwer anpassen konnten. Es könnten noch andere, mehr zweitrangige, Fehler und Versäumnisse aufgeführt werden. So wurde ein Teil der Teilnehmer sozusagen umgekehrt repressiv unterdrückt, weil sie z. B. nicht gemeinschaftlich duschen wollten. Aber das wurde im Lauf des Lagers geregelt.

Die Frage der Sexualität ist in der behördlichen Jugendarbeit noch nicht diskutiert worden. Man geht von traditionellen Vorstellungen aus oder läßt sich ganz einfach von Vorurteilen leiten. Es ist bisher z. B. kaum ein Junge wegen"sexueller Verwhrlosung" ins Heim gebracht worden, bei heranwachsenden Mädchen ist diese Begründung die Regel.

Wir müssen Konsequenzen aus diesen und anderen Erfahrungen(Oberwarmensteinach) für unsere Arbeit ziehen.

Hierzu ein Zitat aus "Was ist Klassenbewußtsein?" von Wilhelm Reich:

"Daß die Jugend die aktivste Altersschicht darstellt, hängt mit ihrer Begeisterungsfähigkeit, mit der sexuellen Reifung und der damit verbundenen Fähigkeit zu Bekenntnis und Aktion zusammen. Diese Ansichten sind an sich noch nicht spezifisch links oder rechts noch sonstwie gerichtet. ... Doch kann man innerhalb des jugendlichen Erlebens unschwer politisch nach links und andere, politisch nach rechts drängende Elemente unterscheiden und einander gegenüberstellen. In jedem Jugendlichen wirkt eine Tendenz zur Rebellion gegen autoritäre Unterdrückung, im speziellen gegen die Eltern, die gewöhnlich Vollzugsorgane der staatlichen Autorität sind. Diese Rebellion ist es in erster Reihe, die Jugendliche in politisch linke Strömungen zu ziehen pflegt. Sie ist immer verknüpft mit mehr oder minder bewußter, mehr oder minder drängender Bedürftigkeit nach Realisierung sexuellen Lebens. Je klarer darin die natürlich heterosexuellen Neigungen zur Entwicklung gelangen, desto leichter ist der Jugendliche revolutionären Ideen zugänglich; je mehr in seiner Struktur das homosexuelle Bedürfnis wirkt und je verdrängter das Bewußtsein der Sexualität im allgemeinen, desto leichter zieht es ihn nach rechts. Die sexuelle Hemmung, die Angst vor sexueller Betätigung und entsprechendes Schuldgefühl sind immer entweder nach rechts drängende oder zumindest das revolutionäre Denken hemmende Gegebenheiten. Bindung an die Eltern und das Elternhaus ist ein schweres, n i c h t u m k e h r b a r e s hemmendes Element."

DISKUSSIONSSTAND IM AKS

Es bestand seit langem das Bedürfnis im AKS, eine grundsätzliche Diskussion zu führen über Organisation, Strategie und Inhalt des AKS. Die einzelnen Arbeitsgruppen haben isoliert voneinander gearbeitet. Das Organisationskollektiv, das zur Koordinierung der Arbeitsgruppen und damit notwendigerweise verbundenen Entwicklung einer politischen Strategie gebildet wurde, konnte seine Aufgabe nicht erfüllen. Gründe: Vorbereitung von Aktionen wie Streik der Kindergärtnerinnen, Demonstration in Wedding sowie Mitarbeit im Redaktionskollektiv der SPK hatten die ganze Zeit in Anspruch genommen. Die Kommission Sozialisation und Ausbildung (Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen, Lehrer, SALZ, Germanisten, Soziologen) trat Ende Juli 69 an den AKS heran mit der Bitte, daß ein Gesamtpapier über die bisherige Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen gefertigt wird.
Die Kommission versteht als ihre Aufgaben:

1. Bestandsaufnahme (was geschah bisher in den einzelnen Bereichen)
2. Impulsfunktion zur Organisierung (Frage nach dem Stand der internen Organisationsdebatte innerhalb der einzelnen Gruppen)
3. Koordinierung (welchen Stellenwert haben die Aktivitäten der einzelnen Gruppen im Hinblick auf die gesamte sozialistische Bewegung)

(Protokoll vom 3.8.69)

Der Wunsch der Kommission nach einem Gesamtpapier wurde in einer Diskussion am 9.8.69 im RC als nicht erfüllbar bezeichnet.
Begründung:

1. Der AKS muß zunächst noch gruppenintern und AKS-intern seine inhaltlichen, politischen und organisatorischen Probleme diskutieren.
2. Es besteht die Gefahr, einen Bericht abzufassen, der nach außen den Eindruck erwecken würde, es werde an allen Fronten unheimlich effektiv gearbeitet, während in Wahrheit kaum etwas geschieht.

Daraufhin fanden kontinuierlich jeden Sonnabend im RC Diskussionen statt.
Die einzelnen Gruppen (bisher: Gesundheitswesen, Heimerziehung, Jugendpflege) berichteten über ihre Arbeit.
Anhand der Gruppenberichte entstand eine grundsätzliche Diskussion innerhalb des AKS, in der sich zwei verschiedene Positionen (A und B) abzeichneten. Diese beiden Positionen zeichneten sich ebenso bei der Diskussion über die SPK ab.
Es soll jetzt nicht wiedergegeben werden, wie die einzelnen Gruppenberichte aussagen, sondern es soll vielmehr versucht werden, die verschiedenen Ansichten innerhalb des AKS zur künftigen Strategie seiner politischen Arbeit am Beispiel der Arbeitsgruppen aufzuzeigen.
(Die wichtigen Passagen werden direkt aus den Protokollen übernommen und sind durch Anführungszeichen kenntlich gemacht).

Am 16.8. legte die Gruppe Gesundheitswesen einen Bericht über ihre Arbeit vor. Bei der Diskussion zeichneten sich verschiedene Schwerpunkte über die zukünftigen Arbeitsmethoden und Ziele ab.

Gruppe A betonte folgende Komplexe:
"1. Agitationsansatz bei Kollegen
2. Agitationsansatz bei Klienten
3. Gegenkonzepte, Alternativen zur bisherigen Arbeit des Gesundheitswesens
4. Gesamtstrategie des AKS

zu 1: Es wird von einigen Diskussionsteilnehmern bezweifelt, ob die Agitation von Kollegen wirklich als gescheitert angesehen werden kann.

Die Gruppe hat bisher noch keine Erfolgskriterien formuliert. Es ist noch nicht genügend untersucht worden, ob die Agitationsansätze der einzelnen Sozialarbeiter auf den Ämtern richtig waren. Hat man bei der Agitation wirklich bei den Bedürfnissen der Kollegen angesetzt? Die Unzufriedenheit, die bei den Kollegen auf den Ämtern herrscht, muß aufgegriffen werden können. Wenn man die Kollegen nicht dazu veranlassen kann, bessere fürsorgerische Arbeit zu fordern, dann muß man sich fragen, woran das liegt. Nur durch eine genaue Untersuchung der Bedürfnisse und eine genauere Analyse der Mißstände auf den Ämtern kann festgestellt werden, ob Agitation an dieser Stelle sinnvoll und erfolgversprechend ist.

zu 2: Agitation bei Klienten wurde bisher nur durch eine Flugblattaktion vor der Demonstration im Mai 69 vor dem Rathaus Wedding versucht. Das Echo auf die Aktion bei den Klienten konnte nicht genau untersucht werden. Es wird allerdings bezweifelt, ob der Klient, der sich ohnehin in einer sehr bedrängten Situation befindet, sich überhaupt Bewußtsein leisten kann."

Gruppe B:
"zu 3: Von anderen Diskussionsteilnehmern wird bezweifelt, ob es sinnvoll ist, mit der Arbeit in den Institutionen anzusetzen. Man ist der Auffassung, daß die bisherige Arbeit der Gruppe gezeigt habe, daß es sinnvoller ist, Gegenkonzepte zu erarbeiten. Um Alternativen zu den Mißständen im Gesundheitswesen entwickeln zu können, müßte man sich die Frage stellen: was könnte eine sozialistische Gesundheitsfürsorge leisten, mit wem könnte zusammengearbeitet werden? Durch Arbeit an Projekten wie Kinderläden, Ärzteläden, ärztliche Versorgung von Gastarbeitern und Zusammenarbeit mit Krankenschwestern könnte eine Alternative zum jetztigen Gesundheitswesen geschaffen werden."

Am Ende der Diskussion zeigten sich deutliche Gegensätze.
Kommentar:" Es wird die Frage gestellt, ob Sozialarbeit überhaupt relevant für die politische Arbeit ist. Andererseits wird geäußert, daß die Arbeit innerhalb der Institutionen mindestens genauso wichtig ist wie im ökonomischen Bereich. Die Fragen, ob genug unternommen wurde, um Sozialarbeiter in den Institutionen zu gewinnen oder ob es sinnvoller sei, außerhalb der Institutionen mit der Arbeit anzusetzen, werden bei den nächsten Treffen weiter diskutiert werden müssen."

Die Berichterstattung der AG Heimerziehung ging sehr bald in eine Diskussion über die verschiedenen Standpunkte.
Man fragte: "Welchen politischen Stellenwert der Gesamtbereich der Heimerziehung für eine allgemeine Strategie der sozialistischen Bewegung hat und wie es mit der Politisierung der Heimerzieher beschaffen ist."

Gruppe B trug ihre Erfahrungen und Schlußfolgerungen so vor:
"I. Konzentrierung der Arbeit auf Lehrlingswohnheime.
Die Erfahrung der bisherigen Arbeit habe gezeigt, daß die Erzieher nicht agitierbar und politisierbar seien wegen ihres reaktionären Bewußtseins (Autoritätsruf, berufliche Isolierung, Sündenbockstatus wegen vager ungesicherter Berufssituation etc.).
Ebenso sind die Jugendlichen aufgrund ihrer psychischen Situation nicht politisierbar.
Die Neuorientierung der künftigen Arbeit auf Lehrlingswohnheime erscheine erfolgversprechender, weil
1. die Lehrlinge im Produktionsprozeß stehen (Möglichkeit weiterer und direkterer politischer Arbeit an der Nahtstelle des kapitalistischen Systems)
2. dadurch eine direktere Beziehung politischer Arbeit zu bereits bestehenden Gruppen der sozialistischen Bewegung bestünde (Zusammenarbeit mit dem SALZ).

Gruppe A sieht den geringen Erfolg der bisherigen Arbeit in der nicht genügend erarbeiteten Methode des Vorgehens.
"II. Weitere Arbeit über den Bereich Heimerziehung
Aus der Tatsache, daß im Lauf der Arbeit der Gruppe immer mehr Heimerzieher weggeblieben sind und auch keine neuen hinzugewonnen werden konnten, wurde nicht der Schluß gezogen, diese hätten alle ein nicht zu politisierendes reaktionäres Bewußtsein, sondern daß die Bedürfnisse der Heimerzieher nicht intensiv genug angesprochen wurden. Auf die Bedürfnisse eingehen hieße, sich mit den subjektiven Interpretationen ihrer Lage auseinandersetzen und diese mit den objektiven Bedingungen ihrer Lage vermitteln. Der politische Stellenwert dieser Konzeption sei darin zu sehen, daß am Beispiel der Heimerziehung die Widersprüche des Kapitalismus und der Sozialarbeit deutlich gemacht werden können und dadurch "potentielle" Genossen gewonnen werden können."

Die weitere Diskussion erbrachte gegenseitige Kritik.
Gruppe A: "In diesem Zusammenhang könne und dürfe die Agitation nicht abstrakt sein, sondern müsse an den konkreten und aktuellen Bedürfnissen der Adressaten einsetzen.
Als anzustrebende Wirkung einer Analyse der Heimsituation auf die Sozialarbeiter in den Ämtern ergab sich die Möglichkeit von Verweigerungsstrategien bei Heimeinweisungen. Ansätze von derartiger Verweigerung hätten zur Folge, daß in den Ämtern in puncto Heimeinweisung das subjektive Unbehagen einzelner in kollektive Widerstandsformen gewendet werden könnte.
Einer vermeintlichen Perspektivlosigkeit der genannten Verweigerungsstrategie wurde entgegengehalten, daß erst im Prozeß der Verweigerung eine neue politische Qualität erkennbar sei und aus dieser weitere politisch-praktische und strategisch-theoretische Schlüsse gezogen werden könnten."
Gruppe B: "Die global-radikale Position räumte ein, daß sie nicht von der Basis der Sozialarbeiter aus argumentiert."

Kommentar zum Protokoll:
"Für die Vergangenheit war es, für die Zukunft wird es wenig erfolgversprechend sein, die Heimsituation und andere Bereiche in denen Sozialpädagogen tätig sind, 'aufgrund eines utopischen sozialistischen Erziehungsmodells zu kritisieren.'
Wenn man in bestimmten Sozialisationsbereichen Veränderungen durchsetzen und die an der Praxis Beteiligten organisieren will, dann muß in diesen 'Anspruch einer Analyse der Wirklichkeit eingehen, die möglichst genau die objektive und subjektive Seite der Lebenslage von Sozialarbeitern, Jugendpflegern, Heimerziehern und Jugendlichen etc. bezeichnet und die Frage beantwortet, warum sie die Revolution brauchen.'
Daraus ergibt sich:
1. Eine Analyse der ökonomischen Lage der Betroffenen (Berufssituation, Berufsaussichten, Vermögensbildung durch Einkommen, Aufstiegsorientiertheit im Hinblick auf die Bourgeoisie, Verschärfung der Ausbeutung und klassenmäßige Erfahrung, Haltung im Klassenkampf, Verschlechterung der Lebensbedingungen)
2. Analyse und Aufarbeitung der subjektiven Interpretationen und erfahrenen Konflikte im Alltagsleben, wie diese sich den Betroffenen entscheidend darstellen (Isolation, Druck der Bürokratie, Kontrolle und Herr-

schaft durch die Hierarchie, etc.).

Das Protokoll vom 30.8. ist leider nicht als objektive Arbeitsunterlage zu verwerten, weil Diskussionsbeiträge willkürlich durch unrichtige Darstellung verfälscht wurden. Für Teilnehmer, die nur dieses Protokoll lasen, entstand ein verzerrter Eindruck über das, was an diesem Abend diskutiert wurde. Ein Hauptthema war die Redaktionsarbeit an der SPK. Die Aufgabe der Zeitung wird unterschiedlich angesehen.
Gruppe A:
"SPK als Massenblatt für die Sozialarbeiter, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Jugendpfleger."
Gruppe B:
"SPK als Informations- und Diskussionsorgan der progressiven bis sozialistischen Elemente in der Sozialarbeit unter Berücksichtigung punktueller Schwerpunkte wie z.B. Jugendarbeit und Kinderarbeit."

Hauptpunkte der weiteren Diskussion waren:
Der unpolitische Sozialarbeiter kann die abstrakten und durch verschieden interpretierbare Fachausdrücke gespickten Diskussionen nicht mehr verstehen. Man stülpt ihm ein Revolutionsmodell über und erwartet seine sofortige Mitarbeit, anstatt bei seinen aktuellen Berufsproblemen anzusetzen.
In den Berichten der AG Jugenpflege vom 7.9. spiegelte sich die ungünstige Situation dieser Gruppe wieder, die dadurch gekennzeichnet ist, daß nur von einer einzigen Praxisstelle im Bereich der Jugendpflege überhaupt Sozialarbeiter der AG mitarbeiten.
Dadurch war die theoretische Diskussion des AKS-Plenums, die sich an die Berichte anschloß eine Fachdiskussion über diesen Versuch mehrerer Sozialarbeiter, gemeinsam in einer staatlichen Institution so weitgehend wie möglich sozialistische Praxia zur Mobilisierung von Jugendlichen in diesem Sinne zu betreiben. An der Diskussion nahmen fünf Jugendliche aus dem betreffenden Club teil, was ein Beweis für die Mobilisierungsmöglichkeiten sozialistisch arbeitender Kader auch in den staatlichen Einrichtungen ist.

Als Ziel für die weitere Diskussion ist anzusehen, daß einerseits möglichst viele Sozialarbeiter daran mitarbeiten, und daß aus den hier vertretenen Positionen eine strategische Linie des AKS entwickelt wird.

GEDANKEN DER JUGENDPFLEGEGRUPPE

ZUM DISKUSSIONSSTAND

Diese Thesen über den Bewußtseinsstand der beiden Meinungsfraktionen innerhalb der AKS wurden entwickelt anhand des oben dargestellten Diskussionsverlaufs.

I.

Position B hat von Position A die Meinung, daß die von B geforderte unter einer sozialistischen Perspektive betriebene Sozialarbeit in den öffentlichen Ämtern und Einrichtungen zwangsläufig zu Unterdrückung und damit zur Anpassung der Sozialarbeiter führt, so daß die geplanten Ziele nicht erreicht werden können.

Um der Anpassung wirkungsvoll zu begegnen ist es notwendig, daß sich unmittelbar an den einzelnen Arbeitsplätzen Gruppen bilden, die die deprimierenden Erfahrungen von Unterdrückung und Anpassung diskutieren und Formen entwickeln, mit denen man sich widersetzen kann.

II.

Position A hat gegenüber Position B das Mißtrauen, daß die Arbeit von Sozialarbeitern außerhalb der staatlichen Einrichtungen und Ämter in progressiven Gegeneinrichtungen (Institutionen) einzig unter dem Motiv gefordert wird, den Vertretern dieser radikalen Position den Aufstieg in der Linken Bewegung zu ermöglichen.

Dieses Mißtrauen besteht

Daß dieses Mißtrauen besteht, verhindert allerdings nicht, daß auch die Vertreter von Position A für eine möglichst intensive Arbeit in Gegeneinrichtungen wie Kinderläden, Beratungsstellen, S Stützpunkten, ärztlichen Versorgungsstellen usw. plädieren. Es sei nur falsch, daß das von den Vertretern der Position B als die einzige gangbare Möglichkeit hingestellt wird, an Veränderungen mitzuwirken.

III.

Die nach der Konzeption von Position B entwickelte Methode, ausschließlich eine Arbeit kleiner Kader politisch besonders fortgeschrittener Leute in Gegeninstitutionen zu betreiben, vergrößert mit Sicherheit die Kluft zwischen diesen"Avantgardisten" und der Bevölkerung. Sprache und Verhalten dieser Avantgarden sind Provokation nicht nur der gesellschaftlichen Institutionen (was sicher notwendig ist) sondern auch der lohnabhängigen Bevölkerung. Bei dieser schürt solches Verhalten das Mißtrauen, daß es den"Avantgardisten" nur um ihre eigenen Interessen geht.

IV.

Die von den Sozialarbeitern in den staatlichen Einrichtungen und in den Ämtern unter sozialistischer Perspektive geleistete Arbeit muß nach wie vor der Gegenstand allen Nachdenkens sein, Meint Position A.

Nur zu Kritik befähigte Sozialarbeiter in größerer Zahl sind in der Lage, Veränderungen an ihren Arbeitsplätzen zu erzwingen und die Klienten zu mobilisieren, ihre Probleme durch solidarische Aktionen in Angriff zu nehmen

V.

Position B geht bei ihren Konzeptionsvorstellungen von der Behauptung aus, die in der neuen Linken organisierten Sozialarbeiter hätten in ihren Arbeitsgruppen alles Mögliche (darunter also auch das Richtige) versucht, möglichst viele Berufskollegen von der Notwendigkeit zu überzeugen, gegen die Bemäntelungs- und Notnagelfunktionen der Sozialarbeit aktiv Front zu beziehen.

VI.

Dagegen meint Position A, daß dabei bisher viele Fehler gemacht wurden, so daß man jetzt nach dem durchlaufenen Lernprozeß erneut versuchen muß, möglichst viele kritisch eingestellte Sozialarbeiter in einer Kampfgruppe zu organisieren.

Meinung eines Teils der Arbeitsgruppe Jugendpflege im AKS (ausgenommen Peter Lieven und Christine Mackensen)

INHALTSVERZEICHNIS

Streik der Kindergärtnerinnen	S. 1
Kritik zur Ausbildung der Kindergärtnerinnen	S. 3
Falkenlager Schweden	S.4
Diskussionsstand im AKS	S. 5
Gedanken der Jugendpflegegruppe zum Diskussionsstand	S. 7
Endlich: Ein Zentrum für den AKS	S. 8

ENDLICH:

EIN ZENTRUM

FÜR DEN AKS

Nachdem die Forderung nach einem AKS-Zentrum seit Dezember 68 immer wieder bei Plenums-Sitzungen erhoben worden war, ist es uns jetzt endlich gelungen, einen geeigneten Raum zu mieten. Es handelt sich um eine Ladenwohnung in Moabit. Der dreißig Quadratmeter große Ladenraum wurde bereits von AKS-Genossen tapeziert und gestrichen. Der Raum ist unterkellert, so daß wir zusätzlichen Platz für Vorräte, Abzugs- und Druckmaschinen zur Verfügung haben.

Die beiden Wohnräume werden von Manfred Rabatsch bewohnt, wodurch wir einen Kontaktmann direkt im Zentrum haben.

Um den Ladenraum für künftige Versammlungen der Arbeitsgruppen und des Redaktions-Kollektivs einrichten zu können, benötigen wir dringend folgende Möbel und Einrichtungsgegenstände:

- Bücherregale
- Büromaterial
- Schreibmaschine mit großen Typen
- Schreibmaschinen-Tisch und Drehstuhl
- Abziehgerät und Stahltisch
- Stühle, Sessel, Teppiche
- Garderobenständer
- Tassen und Gläser

Die Anschrift des AKS-Zentrums:

1 Berlin 21 (Moabit)
Emdenstr. 27
Tel.: 39 68 44

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Birkenstr. und Turmstraße, Bus 25 (Endstation), 99 (Unionsplatz, 1 (Endstation).

Auch hier
könnte ein Artikel stehen,
wenn mehr Sozialarbeiter
in ihrer Zeitschrift,
der SPK,
über ihre Arbeit schreiben würden.

Auch hier
könnte ein Artikel stehen,
wenn mehr Sozialarbeiter
in ihrer Zeitschrift,
der SPK,
über ihre Arbeit schreiben würden.

IMPRESSUM

Die Sozialpädagogische Korrespondenz erscheint monatlich in Berlin und wird hergestellt von Genossen aus allen Bereichen der Sozialen Arbeit in Ausbildung und Praxis.

VERANTWORTLICH - REDAKTIONSKOLLEKTIV

Anschrift: Manfred Rabatsch - 1 Berlin 21 (Moabit)
Emdener Straße 27
Tel.: (0311) 35 68 44